

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hedi Thelen und Gabriele Wieland (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Leistungen der Firma Schneider Organisationsberatung für das Land Rheinland-Pfalz von 1998 bis 2008

Die **Kleine Anfrage 1825** vom 23. August 2013 hat folgenden Wortlaut:

Die „Landesweite Beratungsstelle für Arbeitsmarktpolitik“ wurde mit Beginn der Förderperiode 2007 bis 2013 eingerichtet. Die Firma Schneider Organisationsberatung war ausweislich ihrer Homepage <http://www.schneider-beratung2.de/> bereits zuvor für europäische Arbeitsmarktmittel zuständig:

„Von 1998 bis 2008 haben wir im Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz über 3 300 Förderanträge auf nationale und europäische Arbeitsmarktmittel mit einem Fördervolumen von über 700 Mio. Euro begutachtet und die anschließenden Projekte begleitet. Dabei bezog sich die Begutachtung und die Begleitung dieser Arbeitsmarktprojekte auf die inhaltlichen und auf die fördertechnischen Aspekte gleichermaßen. Dieser nahe Bezug zur Praxis gewährleistet eine ganzheitliche Expertise bei der umsetzungsorientierten Entwicklung von Förderprogrammen...“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aufgrund welcher vertraglichen Vereinbarung mit dem Land (ggf. auch Verträgen) oder nachgeordneten Behörden, Einrichtungen oder Organisationen etc. war die Firma Schneider Organisationsberatung seit 1998 für die Begutachtung nationaler und europäischer Arbeitsmarktmittel samt Begleitung der anschließenden Projekte zuständig?
2. Wann wurde dieser „Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz“ ausgeschrieben?
3. Wie war der Wortlaut der Ausschreibung und wo wurde sie veröffentlicht?
4. Welche finanziellen Mittel hat die Firma Schneider Organisationsberatung für die Begutachtung und Begleitung „von über 3 300 Förderanträgen“ seitens des Landes erhalten?
5. Um welche nationalen und europäischen Fördermittel und -programme handelte es sich dabei?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. September 2013 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Firma Schneider Organisationsberatung hat in den Jahren 1998 bis 2008 die Aufgabe der „landesweiten Beratung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten“ aufgrund der nachstehenden rechtlichen Grundlagen erbracht:

Jahr	Grundlage	Bezug
1998	Zuwendungsbescheid des MSAGD	ESF-Förderperiode 1994 bis 1999
1999	Zuwendungsbescheid des MSAGD	ESF-Förderperiode 1994 bis 1999
2000 bis 2002	Vertrag zwischen MSAGD und Schneider Organisationsberatung	ESF-Förderperiode 2000 bis 2006
2003 bis 2006	Vertrag zwischen MSAGD und Schneider Organisationsberatung	ESF-Förderperiode 2000 bis 2006
2007 bis 2008	Vertrag zwischen MSAGD und Schneider Organisationsberatung	ESF-Förderperiode 2000 bis 2006

Zu 2. und 3.:

Auftrag für die Jahre	Ausschreibung am	Wortlaut der Ausschreibung	Veröffentlichung in/bei
2000 bis 2002	26. August 1999	siehe Anlage 1	– Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft – Datenbank TED
2003 bis 2006	5. Juli 2002	siehe Anlage 2	– Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft – Datenbank TED
2007 bis 2008	18. September 2006	siehe Anlage 3	– Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz – Homepage des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Für die Jahre 1998 und 1999 erfolgte keine Ausschreibung, da die Tätigkeit auf Grundlage von Zuwendungsbescheiden erbracht wurde.

Zu 4.:

Eine Übersicht über die finanziellen Mittel, die der Firma Schneider Organisationsberatung für die Begutachtung und Begleitung arbeitsmarktpolitischer Projekte von 1998 bis 2008 bewilligt wurden, ist als Anlage 4 beigelegt. Zur besseren Übersichtlichkeit wurden neben den arbeitsmarktpolitischen Mitteln des Landes und des ESF auch die des Integrationsamtes mit aufgeführt, soweit diese in die Bewilligungsbescheide in den Jahren 1998 bis 1999 beziehungsweise in die Verträge ab dem Jahr 2000 mit aufgenommen wurden. Der Auftragnehmer hat mit den zur Verfügung gestellten Mitteln im Wesentlichen jährlich zwölf bis 14 sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse (Personal- und Sachkosten) refinanziert.

Zu 5.:

Im Rahmen der Tätigkeit erfolgte die landesweite Beratung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten, die aus arbeitsmarktpolitischen Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz und/oder aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage von Operationellen Programmen des Landes Rheinland-Pfalz gefördert wurden.

Alexander Schweitzer
Staatsminister

Anlage 1

Daten anzeigen

07/09/1999 S173 Europäische Gemeinschaften - Dienstleistungen -
Verhandlungsverfahren

1 2 3 4a 4b 4c 5 6 7 8 9 10a 10b 10c 10d 11 12 13 14 15 16 17 18

D-Mainz: Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung

(99/S 173-124254/DE)

1. **Auftraggeber:** Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, Referat 621, Bauhofstraße 9, D- 55116 Mainz. Tel. (061 31) 16-23 55/-20 47. Telefax (061 31) 16-53 16.
2. **Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung, CPC-Nummer, Menge, Optionsrechte:** CPV: 75130000. Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung.

CPC-Referenznummer: 865/866.

Gegenstand der Ausschreibung:

Landesweite Beratung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten - Technische Hilfe zur Durchführung des Europäischen Sozialfonds (ESF) - Beratung bezüglich Fördermöglichkeiten bei der Einstellung und Qualifizierung von Schwerbehinderten im Bundesland Rheinland-Pfalz.

Aufgabenbeschreibung:

Allgemeine Beratung über die Fördermöglichkeiten nach den arbeitsmarktpolitischen Programmen des Landes und des ESF sowie der Behindertenförderung,

Antragsberatung und Unterstützungsleistungen für Antragsteller und an die Bewilligungsbehörde,

Unterstützungsleistungen bei der Durchführung eines Anmeldeverfahrens,

Beratung und Unterstützung der Projekt- und Programmebene,

Unterstützungsleistungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Fortbildungen und Einzelveranstaltungen,

Informationsweitergabe und Erstellung von Info-Broschüren für Interessenten an der Arbeitsmarktpolitik des Landes Rheinland-Pfalz,

Durchführung einer landesweiten Umfrage "Arbeit statt Sozialhilfe",

Durchführung eines Mittel-Controlling-Verfahrens,

Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz,

http://ted.eur-op.eu.int/.../OTcxNjEwMDkzNzgyNjQxNQ==?open_hit=1%2c0%2c 20.09.99

Bereithaltung einer Träger- und Projektdatenbank für inhaltliche und finanzielle Controllingauswertungen,

Spezielle Beratung für die Hauptfürsorgestelle im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung.

3. **Lieferort:** Bundesland Rheinland-Pfalz.

4. a) **Vorbehalt für einen besonderen Berufsstand:** Entfällt.

b) **Rechts- und Verwaltungsvorschrift:** Entfällt.

c) **Verpflichtung zur Angabe des Namens und der Qualifikation:** Die mit der Durchführung der Dienstleistung betrauten Personen sind mit Angabe ihrer Namen und beruflichen Qualifikation zu benennen.

5. **Unterteilung in Lose:** Angebote für Teilleistungen sind nicht möglich.

6. **Zahl der Dienstleistungserbringer die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden:** Es werden maximal 10 Bewerber in einem ersten Schritt des Verhandlungsverfahrens durch Zusendung einer Leistungsbeschreibung und Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes beteiligt. Danach werden mit maximal 3 Bietern weitere Verhandlungen geführt.

7. **Varianten:** Änderungsvorschläge sind nicht zulässig.

8. **Frist für den Abschluß der Dienstleistungen bzw. Dauer des Auftrags, Beginn oder Erbringung der Dienstleistung:** Die Beratungsarbeit soll am 1. 1. 2000 beginnen und endet am 31. 12. 2000. Die Vorlage des Jahresberichtes hat spätestens am 31. 3. 2001 zu erfolgen. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht von einem der beiden Vertragspartner bis zum 31. 8. des laufenden Jahres zum 31. 12. gekündigt wird. Der maximale Vertragszeitraum beträgt drei Jahre.

9. **Rechtsform der Bietergemeinschaft:** Angebote von Bietergemeinschaften sind nicht zulässig.

10. a) **Begründung für beschleunigtes Verfahren:** Entfällt.

b) **Schlußtermin für Eingang der Teilnahmeanträge:** 2. 10. 1999.

c) **Anschrift:** Siehe Ziffer 1.

d) **Sprache(n):** Deutsch.

11. **Kautionen und sonstige Sicherheiten:** Vorlage einer Bankbürgschaft für die Zahlung des 1. Abschlagbetrages.

12. **Mindestbedingungen:** Zur Beurteilung von Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit sind dem Antrag auf Teilnahme mindestens beizufügen:

Bescheinigung der zuständigen Stelle des Mitgliedstaates, in dem der Unternehmer ansässig ist, aus der hervorgeht, daß der Unternehmer seine Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialbeiträge nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Mitgliedstaates erfüllt hat,

Bescheinigung der zuständigen Stelle des Mitgliedstaates, in dem der Unternehmer ansässig ist, aus der hervorgeht, daß der Unternehmer seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Vorschriften des jeweiligen Mitgliedstaates erfüllt hat,

Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmers in den letzten drei Geschäftsjahren und Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Rechnungswertes sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber (Referenzen über die erbrachten Leistungen sollten eingereicht werden),

Darstellung der Firmenentwicklung, personellen Kapazitäten und Mitarbeiterkompetenz,

Beschreibung der technischen Ausrüstung, der Qualitätssicherungsmaßnahmen sowie der Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten des Unternehmers.

13. **Bereits ausgewählte Dienstleistungserbringer:** Entfällt.

14. **Sonstige Angaben:** Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Nachprüfungsbehörde: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftsstraße 9, D-55116 Mainz.

Unteraufträge an Dritte sind nur mit vorherigen Einverständnis durch den Auftraggeber möglich.

Das Vorhaben steht unter Haushaltsvorbehalt.

Für die Ausarbeitung der Bewerbungsunterlagen werden Kosten nicht erstattet.

15. **Absendung der Bekanntmachung:** 26. 8. 1999.

16. **Eingang der Bekanntmachung:** 26. 8. 1999.

17. **Datum vorhergehender Veröffentlichungen:** Entfällt.

18.

Daten anzeigen

LEBENS INTEGRATION PFALZ

- Durchführung einer landesweiten Umfrage "Arbeit statt Sozialhilfe",
 - Durchführung eines Mittel-Controlling-Überwachungsverfahrens,
 - Unterstützungsleistungen bei der Umsetzung des ESF in Rheinland-Pfalz,
 - Unterstützungsleistungen bei Verwaltungsvereinfachungen und Durchführung von Qualitätssicherungsprozessen,
 - spezielle Beratung für das Integrationsamt im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung.
3. **Lieferort:** D-Rheinland-Pfalz.
4. a) **Vorbehalt für einen besonderen Berufsstand:** Entfällt.
 b) **Rechts- und Verwaltungsvorschrift:** Entfällt.
 c) **Verpflichtung zur Angabe des Namens und der Qualifikation:** Die mit der Durchführung der Dienstleistung betrauten Personen sind mit Angabe ihrer Namen und beruflichen Qualifikation zu benennen.
5. **Unterteilung in Lose:** Angebote für Teilleistungen sind nicht möglich.
6. **Zahl der Dienstleistungserbringer die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden:** Beabsichtigte Zahl von Dienstleistungserbringern, die zur Verhandlung aufgefordert werden: 3.
7. **Varianten:** Änderungsvorschläge sind nicht zulässig.
8. **Frist für den Abschluß der Dienstleistungen bzw. Dauer des Auftrags, Beginn oder Erbringung der Dienstleistung:** Die Beratungsarbeit soll am 1.1.2003 beginnen und endet am 31.12.2003. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht von einem der beiden Vertragspartner bis zum 31. August des laufenden Jahres zum 31. Dezember gekündigt wird. Der maximale Vertragszeitraum beträgt vier Jahre und endet spätestens am 31.12.2006.
9. **Rechtsform der Bietergemeinschaft:** Angebote von Bietergemeinschaften sind nicht zulässig.
10. a) **Begründung für beschleunigtes Verfahren:** Entfällt.
 b) **Schlußtermin für Eingang der Teilnahmeanträge:** 12.8.2002.
 c) **Anschrift:** Siehe Ziffer 1.
 d) **Sprache(n):** Deutsch.
11. **Kautionen und sonstige Sicherheiten:** Entfällt.
12. **Mindestbedingungen:** Auskunft darüber, ob und auf welche Art der Bewerber wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art der Bewerber auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet.
 Bescheinigung der zuständigen Stelle des Mitgliedstaates, in dem der Unternehmer ansässig ist, aus der hervorgeht, dass der Unternehmer seine Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialbeiträge nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Mitgliedstaates erfüllt hat.
 Bescheinigung der zuständigen Stelle des Mitgliedstaates, in dem der Unternehmer ansässig ist, aus der hervorgeht, dass der Unternehmer seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Vorschriften des jeweiligen Mitgliedstaates erfüllt hat.
 Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei Geschäftsjahren und Liste der

<http://ted.eur-op.eu.int/dynamic/doccur/de/de/BMkY/0/105939-2002.htm?CDBNR=&QFILE=&SID=0pSB>

16.07.2002

wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen. Beschreibung der bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie des Europäischen Sozialfonds oder anderer EU-Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprogramme und der Förderung behinderter Menschen.

Erklärung, aus der das jährliche Mittel der vom Bewerber in den letzten drei Jahren Beschäftigten und die Anzahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren hervorgeht.

Erklärung über die technische Ausstattung des Bewerbers und Angaben zur technischen Leitung.

Beschreibung der Maßnahmen des Bewerbers zur Qualitätssicherung sowie zu seinen Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten.

13. **Bereits ausgewählte Dienstleistungserbringer:** Entfällt.

14. **Sonstige Angaben:** Nachprüfungsbehörde: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftsstraße 9, D-55116 Mainz. Tel.: (06131) 16-2234 oder 5240, Fax: (06131) 16-2113.

Unteraufträge an Dritte sind nur mit vorherigem Einverständnis durch den Auftraggeber möglich.

Die Bewerbung ist nicht berücksichtigt worden, wenn bis zum 4.9.2002 keine Aufforderung zur Angebotsabgabe erfolgt ist.

Für die Ausarbeitung der Bewerbungsunterlagen werden Kosten nicht erstattet.

15. **Absendung der Bekanntmachung:** 5.7.2002.

16. **Eingang der Bekanntmachung:** 5.7.2002.

17. **Datum/Daten vorhergehender Veröffentlichungen:** Entfällt.

18. **Auftrag im Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens "GPA":** Ja.



Anlage 3

Aktuelles**Öffentliche Ausschreibung**

Bekanntmachung der Öffentlichen Ausschreibung für die Rheinland-pfälzische Beratungsstelle - Arbeitsmarkintegration Benachteiligter - Technische Hilfe zum ESF (RAT).

Tagungshinweis: "Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und der Pflege von Angehörigen" am 2. November 2006

Ziel der Veranstaltung ist es, die Wahrnehmung von spezifischen Problemen und Belastungen Beschäftigter mit pflegebedürftigen Angehörigen zu erörtern sowie betriebliche, private und politische Unterstützungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die Veranstaltung richtet sich an Akteure der Wirtschaft, Politiker- und -politikerinnen, Mitglieder des Bundesforums für Familie, Vertreter und Vertreterinnen bestehender Initiativen und Projekte zur Unterstützung von Pflegenden und Interessierte Wissenschaftler.

Weitere Informationen und Kontakt (pdf).

Öffentliche Ausschreibung

Bekanntmachung der öffentlichen Ausschreibung über die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der Beschäftigungskonversion in Rheinland-Pfalz. Zur Ausschreibung als pdf

Innovationspreis Sozial Aktiv 2006

Der diesjährige Innovationspreis Sozial Aktiv ist besonderen betrieblichen Maßnahmen zugunsten älterer Beschäftigter gewidmet. Ziel ist es, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern, und Betriebe, die hier mit besonders gutem Beispiel vorangehen, zur Nachahmung zu empfehlen. Zu den Kriterien für die Auszeichnung gehören beispielsweise eine rechtzeitige Qualifizierung und Weiterbildung oder ein vorbildlicher betrieblicher Gesundheitsschutz, der dazu beiträgt, ältere Arbeitnehmer länger im Betrieb zu halten. Auch die gezielte Einstellung älterer Arbeitsuchender, eine altersgerechte Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung und eine Unternehmenskultur, die eine sinnvolle Mischung von jüngeren und älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild verfolgt, sind für die Auswahl der Preisträger maßgeblich. Die Bewerbungsfrist endete am 31. August. Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Malu Dreyer, wird die Preise am 18. Januar 2007 verleihen. Detailliertere Informationen finden Sie hier.

Bürgergutachten "Miteinander der Generationen in einer alternden Gesellschaft"

Ein Jahr nach Übergabe des Bürgergutachtens hat Sozialministerin Malu Dreyer über den Stand der Umsetzung der Vorschläge aus dem Gutachten berichtet. Familien fördern, Altersarmut verhindern und das Miteinander der Generationen fördern - das sind die Themen, die den Gutachterinnen und Gutachtern besonders am Herzen lagen. In allen diesen Bereichen wurden Maßnahmen in Gang gesetzt und konkrete Vorschläge aufgegriffen. Das Bürgergutachten hat darüber hinaus das Bewusstsein dafür geschärft, wie positiv sich Bürgerbeteiligung auf politisches Handeln auswirkt. Es gibt Aufschluss darüber, welche Themen Bürgerinnen und Bürger als wesentlich erachten und schafft gleichzeitig Akzeptanz für politische Entscheidungen.

Zum Bericht der Ministerin "Stand der Umsetzung"

Zum Bürgergutachten

B@rrierefreie Verwaltung für behinderte Menschen

Die Broschüre „B@rrierefreie Verwaltung für behinderte Menschen“ beinhaltet praktische Hinweise, Handlungsempfehlungen und Mustervorgänge zur Umsetzung von Barrierefreiheit insbesondere bei Bescheiden und Vordrucken, bei der Informationstechnik und der Gebärdensprache und anderen Kommunikationsformen. Daneben werden wichtige rechtliche Informationen gegeben. Die Broschüre ist eine wichtige Arbeitshilfe für die Umsetzung des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen in der Verwaltungspraxis. (Broschüre: „B@rrierefreie Verwaltung für behinderte Menschen“, pdf-Datei, 560 KB)

Rheinland-Pfalz für Ausbildung



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 18. SEPTEMBER 2008

STAATSANZEIGER

NR. 34 / SEITE 1281

INHALT

Seite		Seite		Seite
	Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd		Sonstige Veröffentlichungen	
	Rechtsverordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes, zugunsten der Verbandsgemeinde Landau-Land (Verbandsgemeindewerke Landau-Land, An 44 Nr. 31, 76829 Landau i.d.Pf.) 1281		Auflösung des Vereins „Unterstützungskasse Johann Schaefer Kalkwerke e.V.“ 1284	
	Hochschulen		Bekanntmachung der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses des Gewässerzweckverbandes Isenach-Eckbach 1285	
	Ordnung zur Änderung der Ordnung für die Prüfung zum Master of Engineering im Studiengang „Microsystems Technology“ an der Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Zweibrücken 1284		Auflösung des Belegschaftsunterstützungsvereins der Firma Alois Lauer Stahl- und Rohrleitungsbau GmbH, Sitz: 67063 Ludwigshafen am Rhein 1285	
			Öffentliche Bekanntmachung des Verbandes Region Rhein-Neckar 1285	
			Bekanntmachung über die Anerkennung als Markscheider 1285	
			Auflösung des Vereins „Concilium GENA Gemeinschaft für die Erhaltung und Förderung der Naturreligionen und Arkandisziplinen e.V.“ 1285	
			Öffentliche Ausschreibungen 1285	
			Stellenausschreibungen 1286	
			Bekanntmachungen der Gerichte 1287	

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

6930.

Rechtsverordnung
über die Festsetzung
eines Wasserschutzgebietes, zugunsten
der Verbandsgemeinde Landau-Land
(Verbandsgemeindewerke Landau-Land,
An 44 Nr. 31, 76829 Landau i.d.Pf.)

Aufgrund des § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) i.d.F. vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245) und des § 13 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG -) i.d.F. der Bekanntmachung vom 22. Januar 2004 (GVBl. 2004 S. 53), geändert durch Artikel 11 des Ersten Standardflexibilisierungsgesetzes vom 5. April 2005 (GVBl. Nr. 7 vom 11. April 2005), wird durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Neustadt an der Weinstraße, Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz als zuständige obere Wasserbehörde Folgendes verordnet:

§ 1 Zweck und Einteilung

(1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung, die die Verbandsgemeinde Landau-Land - Verbandsgemeindewerke Landau-Land, An 44 Nr. 31, 76829 Landau i.d.Pf. -, nachfolgend Wasserversorgungsunternehmen genannt, für ihren Versorgungsbereich sicherzustellen hat, wird für die hierzu dienende Wassergewinnungsanlage, bestehend aus 1 Tiefbrunnen, bezeichnet als „Tiefbrunnen Billigheim“, das nachstehend beschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet wird in folgende Zonen eingeteilt:

- 1 Fassungsbereich (Zone I),
- 1 Engere Schutzzone (Zone II),
- 1 Weitere Schutzzone (Zone III).

Die Zonen sind entsprechend im Lageplan M 1 : 2500 wie folgt dargestellt:

- Blaue Umrandung = Zone I
- Grüne Umrandung = Zone II
- Rote Umrandung = Zone III.

Der vorbezeichnete Lageplan M 1 : 2500, versehen mit dem entsprechenden Festsetzungsvermerk der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Neustadt/Weinstraße, Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz als obere Wasserbehörde, ist Grundlage und Bestandteil der Rechtsverordnung.

§ 2 Umfang und Beschreibung

(1) Das Wasserschutzgebiet hat eine Größe von insgesamt 91,3466 ha und liegt auf der Gemarkung Billigheim, Gemeinde Billigheim-Ingenheim, Verbandsgemeinde Landau-Land, Landkreis Südliche Weinstraße und der Gemarkung Mühlhofen, Gemeinde Billigheim-Ingenheim, Verbandsgemeinde Landau-Land, Landkreis Südliche Weinstraße.

(2) Der Fassungsbereich (Zone I) des „Tiefbrunnen Billigheim“ hat eine Größe von 0,04

ha und liegt auf einem Teilbereich des Grundstückes Plan-Nr. 7000, Gemarkung Billigheim. Der Fassungsbereich hat eine quadratische Form mit Seitenlängen von 20 m um den im Mittelpunkt liegenden Brunnen. Der Mittelpunkt des Brunnens hat die vermessungstechnischen Koordinaten

Rechtswert: 3.435.002
Hochwert: 5.444.149.

(3) Die Engere Schutzzone (Zone II) liegt in der Gemarkung Billigheim, Gemeinde Billigheim-Ingenheim, Verbandsgemeinde Landau-Land, Landkreis Südliche Weinstraße und ist mit grüner Farbe abgegrenzt; die jeweilige Darstellung ist dem Lageplan M 1 : 2500, wie er Bestandteil der Verordnung ist, verbindlich zu entnehmen.

(4) Die Weitere Schutzzone (Zone III) liegt in der Gemarkung Billigheim sowie Gemarkung Mühlhofen jeweils Gemeinde Billigheim-Ingenheim, Verbandsgemeinde Landau-Land, Landkreis Südliche Weinstraße und ist mit roter Farbe abgegrenzt; die jeweilige Darstellung ist dem Lageplan M 1 : 2500, wie er Bestandteil der Verordnung ist, verbindlich zu entnehmen.

§ 3 Hinweise

(1) Eine Ausfertigung der Rechtsverordnung und der mit dem Festsetzungsvermerk versehene, als Bestandteil dieser Rechtsverordnung geltende Lageplan M 1 : 2500, werden zu jedermanns Einsicht während der gesamten Dienststunden bei der Verbandsgemeindeverwaltung Landau-Land, An 44 Nr. 31 und bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Neustadt an der Weinstraße, Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, zur Einsichtnahme bereitgehalten.

MONTAG, DEN 18. SEPTEMBER 2006

STAATSANZEIGER

NR. 34 / SEITE 1285

4. August 2006 aufgelöst. Eventuelle Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Gunar Freidt, Hohe Straße 18, 65582 Diez, und Thomas Dauenhauer, Jahnstraße 50, 65597 Hünfelden-Heringen, anzu-melden.

Diez, den 10. August 2006

Die Liquidatoren

6933.

**Bekanntmachung der Sitzung
des Rechnungsprüfungsausschusses
des Gewässerzweckverbandes
Isenach-Eckbach**

Die Sitzung des Rechnungsprüfungsaus-schusses des Gewässerzweckverbandes Isenach-Eckbach, KdöR, Sitz 67245 Lams-beim, findet am Dienstag, dem 10. Oktober 2006, um 14.00 Uhr, im Sitzungsraum/Ver-waltungsgebäude in der Betriebszentrale des Verbandes in 67245 Lamsheim, Am Holzacker 1, statt. Die Sitzung ist nicht-öffentlich.

Tagesordnung:

* Prüfung der Jahresrechnung 2005

Lamsheim, den 11. September 2006

Gewässerzweckverband
Isenach-Eckbach
Fritsche
Vorsitzender des
Rechnungsprüfungsausschusses

6934.

**Auflösung
des Belegschaftsunterstützungsvereins
der Firma Alois Lauer Stahl- und
Rohrleitungsbau GmbH,
Sitz: 67863 Ludwigshafen am Rhein**

Die Mitgliederversammlung vom 19. Oktober 2004 hat die Auflösung des Vereins beschlos-sen. Zum Liquidator wurde Herr Andreas Menges bestellt. Es wird gebeten, sämtliche noch eventuell bestehenden Forderungen umgehend beim Liquidator anzumelden.

Ludwigshafen, den 15. August 2006

Der Liquidator

6935.

**Öffentliche Bekanntmachung
des Verbandes Region Rhein-Neckar**

Die 2. Sitzung des Ausschusses für Regional-entwicklung und Regionalmanagement des Verbandes Region Rhein-Neckar findet statt am Dienstag, dem 26. September 2006, 10.00 Uhr, in Mannheim, Stadthaus N 1, Raum Swansea.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Arbeitsfelder des Ausschusses und Zu-sammenarbeit mit der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH.
2. Wirtschaft trifft Verwaltung. Weiteres Vorgehen in diesem Themenfeld.
3. Regionalbedeutsame Naherholungsein-richtungen
4. EU-Projekt Artery. Stand der Umsetzung und Vorbereitung eines Nachfolgeprojek-tes
5. Verschiedenes

Die Sitzung ist öffentlich.

Mannheim, den 18. September 2006

Verband Region Rhein-Neckar
Dr. Eva Lohse
Verbandsvorsitzende

6936.

**Bekanntmachung
über die Anerkennung als Markscheider
Dem Markscheider**

Dipl.-Ing. Jörg Fugmann

wohnhaft in Krappmühlweg 7, 76229 Karlsruhe, ist am 6. September 2006 auf-grund des Gesetzes über die Anerkennung als Markscheider (Markscheidergesetz) vom 3. Mai 1994 (GVBl. 1994 S. 245) die Anerken-nung erteilt worden, in Rheinland-Pfalz Tätigkeiten im Sinne des oben genannten Gesetzes auszuüben.

Saarbrücken, den 6. September 2006

- VIII 4003/1/06-2 -

Oberbergamt für das Saarland
und das Land Rheinland-Pfalz
Dr. Ecker

6937.

**Auflösung des Vereins
„Concilium GENA
Gemeinschaft für die Erhaltung und
Förderung der Naturreligionen und
Arkandisziplinen e.V.“**

Mit Beschluss vom 3. September 2006 ist der Verein „Concilium GENA - Gemeinschaft für die Erhaltung und Förderung der Natur-religionen und Arkandisziplinen e.V.“ (Ak-tenzeichen beim Amtsgericht Mainz VR 11226) aufgelöst. Seine Gläubiger sind auf-gefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidato-ren Berthold Röth, Gymnasiumstraße 18, 67547 Worms, und Arndt Pippert, Bolshover Straße 48, 51105 Köln, anzumelden.

Worms, den 3. September 2006

Die Liquidatoren

Öffentliche Ausschreibungen

6938.

Bekanntmachung nach § 17 VOL/A

1. Bezeichnung (Anschrift)
der Vergabestelle:
Ministerium für Arbeit, Soziales,
Familie und Gesundheit
Rheinland-Pfalz
Referat 621-3
Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon: (0 61 31) 16-2047 oder 16-2699
Telefax: 0 61 31 / 16 17 20 47
2. Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung gem. § 3 Nr. 1
Abs. 1 VOL/A
3. Art und Umfang der Leistung:

- a) Landesweite Beratung von Qualifizie-rungs- und Beschäftigungsprojekten -
Technische Hilfe zur Durchführung
des Europäischen Sozialfonds (ESF) -
Beratung von Projektträgern und In-tegrationsfirmen über die Fördermög-lichkeiten bei der Einstellung von
schwerbehinderten Menschen im
Bundesland Rheinland-Pfalz.

Die spezifischen Aufgabenbereiche der Beratungsstelle umfassen dabei Beratungsleistungen gegenüber den Kooperationspartnern und den Trä-gern arbeitsmarktpolitischer Projek-te, die Antragsberatung, das Führen und die Auswertung von Datenban-ken, die spezifische Beratung und

Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Ge-sundheit im Bereich der Arbeits-marktpolitik, die Information von In-teressenten und Träger arbeitsmarkt-politischer Projekte über aktuelle Entwicklungen, die Mitarbeit bei der Umsetzung eines Anmeldeverfahrens für arbeitsmarktpolitische Projekte, die Organisation von Einzelveran-staltungen, Beratungsleistungen in Bezug auf die alte Förderperiode des Europäischen Sozialfonds 2000 - 2006, die Beratung des Integrations-amtes sowie die Mitarbeit bei der Steuerung der arbeitsmarktpoliti-schen Förderansätze.

- b) Ort der Leistung: Die Leistung ist im Bundesland Rheinland-Pfalz gegen-über dem Ministerium für Arbeit, So-ziales, Familie und Gesundheit, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und dem Integrationsamt Rheinland-Pfalz sowie gegenüber In-teressenten und Trägern arbeits-marktpolitischer Projekte als auch Kooperationspartnern in Rheinland-Pfalz zu erbringen.
 - c) Aufteilung in Lose: nein
4. Ausführungsfrist:
Vom 4. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 mit der Option der Verlängerung um ein Jahr.
 5. a) Bezeichnung (Anschrift) der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt:
Siehe Ziffer 1
b) Tag, bis zu dem die Vergabeunterla-gen spätestens angefordert werden können: 6. Oktober 2006
c) Bezeichnung (Anschrift) der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen einge-sehen werden können: Siehe Ziffer 1
d) Entschädigung für Verdingungsun-terlagen: Gebührenfrei
e) Höhe der geforderten Sicherheitslei-stung: Keine
 6. a) Ablauf der Angebotsfrist (Tag, bis zu dem die Angebote eingehen müssen): 17. November 2006, 16.00 Uhr
b) Anschrift, bei der die Angebote ein-zureichen sind: Siehe Ziffer 1
 7. Wesentliche Zahlungsbedingungen und/oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:
Die Zahlungen erfolgen nach den beson-deren Vertragsbedingungen.
 8. Zuschlags- und Bindefrist:
3. Januar 2007
 9. Berücksichtigung von Nebenangeboten:
Ja
 10. Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:
Mit dem Angebot sind vorzulegen:
- Erklärung über die Zahlung von Steu-ern, Abgaben und Beiträgen zur gesetz-lichen Sozialversicherung.
- Erklärung, dass kein Insolvenzverfah-ren oder Liquidationsverfahren anhängig ist.
- Erklärung über den Umsatz des Unter-nemens in den letzten drei abgeschlos-senen Geschäftsjahren, soweit es Lei-stungen betrifft, die mit der zu verge-benden Leistung vergleichbar sind, un-ter Einbeziehung des Anteils bei ge-meinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

- Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.
- Beschreibung der für die Ausführung der zu vergebenen Leistung zur Verfügung stehenden technischen Ausstattung des Unternehmens, der Maßnahmen des Unternehmens zur Gewährleistung der Qualität sowie der Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten.
- Beschreibung der beruflichen Qualifikation, insbesondere der Personen, die für die Leistungserbringung vorgesehen sind.
- Die Zahl der bei ihm in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegebenenfalls gegliedert nach Berufsgruppen.

11. Sonstige Angaben:

Nachprüfungsbehörde ist die Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftstraße 9, 55116 Mainz.

Mainz, den 18. September 2006

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Familie und Gesundheit
Rheinland-Pfalz

6939.

Öffentliche Ausschreibung nach VOB

Die Entsorgungsbetriebe Speyer mit Sitz in 67346 Speyer, Georg-Peter-Suß-Straße 2, schreibt gemäß VOB/A § 3 Ziffer 1 zwei Regenbecken mit 120 m³ und 170 m³ Inhalt als Rohrbecken mit Bauwerken am „Woogbach II“ aus.

Fachlos 1: Bauarbeiten

- ca. 5500 m³ Erdarbeiten
- 1 x Wasserhaltung mittels Brunnen
- 1 x Offene Wasserhaltung
- ca. 1000 m² Verbauarbeiten
- ca. 270 m³ Stahlbetonarbeiten
- ca. 100 m GFK-Rohre DN 2000 mit Drachenprofil
- ca. 100 m HDPE-Rohrleitung DA 125
- ca. 300 m PVC Schutzrohr DN 100
- ca. 25 m Spülbohrverfahren

Fachlos 2: Maschinelle und elektrotechnische Ausrüstung

- 2 x 2 Entleerungspumpen als Tauchmotorpumpen, $Q_p = \text{ca. } 20 \text{ l/s}$, einschließlich Druckleitungssystem und Armaturen
- 1 Strahlreiner zur Beckenreinigung
- 1 elektrisch-hydraulische Schwallspüleinsrichtung zur Beckenreinigung
- ca. 15 m Edelstahlrohrleitungen DN 100
- 1 Drosseleinrichtung zur Durchflussbegrenzung auf ca. 10 l/s
- 1 Drosseleinrichtung zur Durchflussbegrenzung auf ca. 18 l/s
- 2 Niederspannungsschaltanlagen mit Automatisierungstechnik mit Fernwirkanbindung Fabrikat Mauell, Füllstandsmessung

Ausführungsfrist:

November 2006 bis März 2007

Die Verdingungsunterlagen können in doppelter Ausfertigung gegen eine Schutzgebühr für

Fachlos 1: 60,- EUR (inkl. 5,- EUR Versandgebühren und GABE-Datei)

Fachlos 2: 40,- EUR (inkl. 5,- EUR Versandgebühren und GABE-Datei)

bei Pöyry GKW GmbH, Dynamostraße 19, 68165 Mannheim, Tel. 06 21 / 87 90-251, ab 18. September 2006 schriftlich angefordert werden. Die Schutzgebühr ist per Verrechnungsscheck oder in bar an Pöyry GKW GmbH zu zahlen. Die Schutzgebühr kann nicht zurückerstattet werden.

Der Nachweis über Leistungen in vergleichbarer Art und Größenordnung, die in den letzten 3 Jahren mit Erfolg durchgeführt wurden, ist unter Angabe von Referenzen zu erbringen.

Eröffnungstermin:

Donnerstag, 12. Oktober 2006

Fachlos 1: Bauarbeiten 10.00 Uhr

Fachlos 2: Maschinelle u. elektrotechn. Ausrüstung 10.30 Uhr

bei den Entsorgungsbetriebe Speyer, 67346 Speyer, Georg-Peter-Suß-Straße 2, Technikgebäude der Stadtwerke, Zimmer Nr. 118

Bieter und ihre Bevollmächtigten sind zum Eröffnungstermin zugelassen. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 31. Dezember 2006.

Speyer, den 7. September 2006

Entsorgungsbetriebe Speyer

Stellenausschreibungen

6940.

In der STAATSKANZLEI DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle als

Sachbearbeiter/in

in der Abteilung 3 „Ressortkoordination und Regierungsplanung“ im Referat „Bürgerbüro der Landesregierung“ zu besetzen. Das Beschäftigungsverhältnis wird zunächst befristet auf 1 Jahr.

Das Bürgerbüro der Landesregierung ist eine Serviceeinrichtung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes, die sich mit Anfragen und Petitionen an den Ministerpräsidenten oder die Landesregierung wenden. Zum Aufgabengebiet gehören die Bearbeitung und Beantwortung von Anfragen und Petitionen aus unterschiedlichen Rechtsgebieten.

Wir suchen deshalb eine verantwortungsbewusste, durchsetzungsfähige und engagierte Persönlichkeit, die die Laufbahnprüfung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst erfolgreich abgelegt hat oder über eine vergleichbare Ausbildung verfügt. Ferner sollten Bewerberinnen und Bewerber über ein großes Maß an Kommunikationsfähigkeit, gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen und die Fähigkeit, auch komplexe Sachverhalte zu erfassen, verfügen.

Erforderlich sind außerdem eine hohe Belastbarkeit und die Bereitschaft, sich in bisher fremde Rechtsgebiete einzuarbeiten.

Die ausgeschriebene Position ist für Nachwuchskräfte geeignet; Aufstiegsmöglichkeiten sind vorhanden.

Wir bieten eine Vergütung nach dem Bundes-Angestelltenarbeitsvertrag (Vergütungsgruppe V b) sowie die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Die Staatskanzlei ist als familienorientierte Dienststelle zertifiziert.

Bewerbungen von Frauen sehen wir mit besonderem Interesse entgegen.

Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft werden, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung vorrangig berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 6. Oktober 2006 erbeten an die

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Personalreferat
Postfach 38 80
55028 Mainz

6941.

Im MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG, FORSCHUNG UND KULTUR in MAINZ ist zum 1. Januar 2007 die Stelle

einer Sachbearbeiterin/
eines Sachbearbeiters
in Teilzeitform (20 - 25 Wochenstunden)

zu besetzen. Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte des gehobenen nicht technischen Verwaltungsdienstes bis Bes.Gr. A 11 sowie vergleichbare Angestellte.

Zu den Aufgabenschwerpunkten zählen:

- Bearbeiten von Personal- und Organisationsangelegenheiten
- Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
- Mitarbeit bei der inneren Organisation des Ministeriums

Erwartet werden:

- Mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit in der Personalstelle einer Behörde
- fundierte Erfahrungen und Kenntnisse der Personalverwaltung, des Arbeits-, Tarif- und Beamtenrechts, des Personalvertretungsrechts sowie der Stellenbewirtschaftung
- gute EDV-Kenntnisse (insbesondere MS-Office)
- Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Verhandlungsgeschick, Kommunikationsfähigkeit und Einsatzbereitschaft

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung vorrangig berücksichtigt.

Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur ist als familiengerechte Dienststelle zertifiziert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht.

Anlage 4

Ressort / nach- geordneter Bereich / Gesellschaft en	Jahr der Zusamm- en- arbeit	Tätigkeitsfeld oder Bezeichnung des Projektes	Höhe der Fördersumme / Bewilligungssumme Land RLP Haushaltsstelle 0602 684 19	Höhe der Fördersumme / Bewilligungssumme ESF Haushaltsstelle 0602 684 18	Höhe der Fördersumme / Bewilligungssumme Integrationsamt Haushaltsstelle 0604 681 71	Zwischensumme Spalte 3-5
Von 1994 bis 2001 wurden die Beträge aus Gründen der Einheitlichkeit in EURO umgerechnet.						
MSAGD	1998	Landesweite Beratung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten - Technische Hilfe zur Durchführung des ESF	642.091,00 €	220.554,76 €		862.645,76 €
MSAGD	1999	Landesweite Beratung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten - Technische Hilfe zur Durchführung des ESF	583.643,55 €	220.554,76 €		804.198,31 €
MSAGD	2000	Vertrag Rheinland-pfälzische Beratungsstelle - Arbeitsmarktintegration Benachteiligter - Technische Hilfe zum Europäischen Sozialfonds (RAT)	336.901,47 €	283.906,07 €	136.274,63 €	757.082,17 €
MSAGD	2001	vertraglich vereinbarte Vertragsverlängerung Landesweite Beratung (RAT) im Jahr 2001	363.396,46 €	306.086,04 €	136.274,63 €	805.757,13 €
MSAGD	2002	vertraglich vereinbarte Vertragsverlängerung Landesweite Beratung (RAT) im Jahr 2002	344.952,66 €	290.647,47 €	157.331,57 €	792.931,70 €
MSAGD	2003	Vertrag Rheinland-pfälzische Beratungsstelle - Arbeitsmarktintegration Benachteiligter - Technische Hilfe zum Europäischen Sozialfonds (RAT)	281.605,24 €	237.072,33 €	136.218,35 €	654.895,92 €
MSAGD	2004	vertraglich vereinbarte Vertragsverlängerung Landesweite Beratung im Jahr 2004	306.845,58 €	258.321,31 €	148.427,52 €	713.594,41 €

Ressort / nach- geordneter Bereich / Gesellschaft en	Jahr der Zusamm- en- arbeit	Tätigkeitsfeld oder Bezeichnung des Projektes	Höhe der Fördersumme / Bewilligungssumme Land RLP Haushaltsstelle 0602 684 19	Höhe der Fördersumme / Bewilligungssumme ESF Haushaltsstelle 0602 684 18	Höhe der Fördersumme / Bewilligungssumme Integrationsamt Haushaltsstelle 0604 681 71	Zwischensumme Spalte 3-5
MSAGD	2005	vertraglich vereinbarte Vertragsverlängerung Landesweite Beratung im Jahr 2005	554.492,96 €		168.255,94 €	722.748,90 €
MSAGD	2006	vertraglich vereinbarte Vertragsverlängerung Landesweite Beratung im Jahr 2006	169.603,44 €	393.271,20 €	211.813,76 €	774.688,40 €
MSAGD	2007	Vertrag Rheinland-pfälzische Beratungsstelle - Arbeitsmarktintegration Benachteiligter - Technische Hilfe zum Europäischen Sozialfonds (RAT)	318.418,21 €	259.923,40 €	372.955,97 €	951.297,58 €
MSAGD	2008	vertraglich vereinbarte Vertragsverlängerung Landesweite Beratung im Jahr 2008	476.672,00 €	33.070,00 €	358.199,43 €	867.941,43 €